



INHALT JANUAR 2010

SEITE 1

WETTBEWERB

„DIE GELBE HAND“

Sich engagieren und gewinnen

„...ZUR WAHRUNG DER MENSCHENWÜRDE“

Int. Wochen gegen Rassismus

SEITE 2

NEUE REGIERUNG UND SCHWEIZER MINARETTVERBOT

39. Recklinghäuser Tagung der IG BCE

VERNETZT GEGEN DISKRIMINIERUNG

Verbände beschließen gemeinsames Vorgehen

EINHEITLICH GEGEN RECHTS

Verabredung der zwölf Berliner Bezirke

BAYERN GEGEN RECHT

Internetportal der Staatsregierung

SEITE 3

URTEIL GEGEN DISKRIMINIERUNG

Schwarzafrikanisches Paar gewinnt Prozess

DISKRIMINIERUNG IN DER EU

Ergebnisse einer Umfrage

TERMINE

SEITE 4

EREIGNISSE IM VORFELD EINES GEPLANTEN AUFMARSCHS

Dresden 13. Februar

FILM DES MONATS:

Kleine Freiheit



„AKTIV+GLEICHBERECHTIGT“ versteht sich als ein Beitrag zum Bündnis für Demokratie und Toleranz.

WETTBEWERB „DIE GELBE HAND“

Sich engagieren und gewinnen / Einsendeschluss 31. März

Zum fünften Mal hat der Verein „Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.“ den Wettbewerb „Die gelbe Hand“ ausgeschrieben. Vor allem Jugendliche an berufsbildenden Schulen oder in einer beruflichen Ausbildung, Ausbilderinnen und Ausbilder sowie Lehrkräfte von Berufsschulen sind aufgerufen, Beiträge gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Rechtsextremismus und für ein solidarisches Miteinander einzureichen. Beiträge – das kann Vieles sein: die Dokumentation eines Projekts, Reportagen oder Interviews, Film oder Foto-story, ein Kampagnenlogo und so weiter. Die besten Projekte werden mit Geld- und Sachpreisen im Wert bis zu 1000 Euro ausgezeichnet. Die ersten drei bekommen Geldpreise, die Plätze vier bis zehn Sachpreise. Für Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen werden zusätz-

lich je ein Sonderpreis in Höhe von 500 Euro für die besten Landesprojekte vergeben.

Die Schirmherrschaft über den Wettbewerb hat wiederum der niedersächsische Minister für Inneres, Sport und Integration, Uwe Schünemann, übernommen. Er wird auch gemeinsam mit dem Vorsitzenden der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, Frank Bsirske, und dem Vorsitzenden des Vereins „Mach meinen Kumpel nicht an“, Giovanni Pollice, die Preisverleihung vornehmen. Die findet am 20. Mai 2010 in der Hauptverwaltung von ver.di in Berlin statt.

Einsendeschluss ist der 31. März 2010.

Weitere Informationen und Beispiele stehen im Internet unter: www.gelbehand.de/wettbewerb



„...ZUR WAHRUNG DER MENSCHENWÜRDE“

Internationale Wochen gegen Rassismus

„Rassismus steht im klaren Gegensatz zur Wahrung der Menschenwürde. Diskriminierungen – aus welchen Gründen auch immer – dürfen niemals hingenommen werden. Wir müssen immer, wenn Menschenrechte verletzt werden, darauf aufmerksam machen.“ Dies schreibt die frühere Bundestagspräsidentin Rita Süßmuth in einem Grußwort zu den Internationalen Wochen gegen Rassismus, das in einer 92seitigen Handreichung erschienen ist. Die Wochen gegen Rassismus finden in diesem Jahr vom 15. bis 28. März statt.

Gemeinsam mit über 60 bundesweiten Organisationen ruft der Interkulturelle Rat in Deutschland dazu auf, Zeichen gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zu setzen. Im letzten Jahr wurden während der Aktionswochen in Deutschland mehr als 700 Veranstaltungen an über 250 Orten durchgeführt.

Neben der erwähnten Handreichung mit vielen Beispielen für Aktionen und Anregungen können beim Interkulturellen Rat ein Aktionsplakat, ein Informationsfaltblatt und der Kampagnenhandschuh angefordert werden, der so langsam Kultstatus erringt.

Informationen und Bestellungen:
Britta Graupner
Tel.: 06151/ 33 99 71
E-Mail: iwgr@interkultureller-rat.de
Internet: www.interkultureller-rat.de

NEUE REGIERUNG UND SCHWEIZER MINARETTVERBOT

Diskussionen auf der 39. Recklinghäuser Tagung der IG BCE

„Nach der Europa- und Bundestagswahl – ist eine andere Migrations- und Integrationspolitik in Europa zu erwarten?“ war das Thema der inzwischen 39. Recklinghäuser Tagung der Industriegerwerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) Anfang Dezember 2009. Der Koalitionsvertrag bleibe weit hinter den Erwartungen seiner Gewerkschaft zurück – so Giovanni Pollice, Leiter der Abteilung Ausländische Arbeitnehmerinnen/ Migration bei der IG BCE in seiner Grundsatzrede. Überall da, wo es um eine Verbesserung der rechtlichen Situation von Einwanderern gehe, seien nur „vage Absichtserklärungen“ zu finden. Besonders bedauerte er, dass der Optionzwang für Kinder ausländischer Eltern, die nach dem Staatsangehörigkeitsrecht mit der Volljährigkeit für eine Staatsbürgerschaft entscheiden müssen, nicht abgeschafft wurde.

Wie nicht anders zu erwarten, spielte – obwohl nicht unmittelbar zum Thema gehörig – das in der Schweiz per Volksabstimmung beschlossene Minarettverbot eine Rolle in der Diskussion. Bei aller Emotion – so der sozialdemokratische Europaabgeordnete Martin Schulz – sei die Debatte über den Islam in Deutschland im Vergleich etwa zu den Niederlanden „relativ zivilisiert“. Sein Schluss: Wer mit Ängsten spiele, um seine eigene politische Position zu stärken sei „ein gefährlicher Demagoge, gegen den alle Demokraten kämpfen müssen“. Auch er – so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Union, Wolfgang Bosbach – hätte sicherlich nicht für ein Minarettverbot gestimmt. Allerdings müsse man Ängste von Menschen ernst nehmen, die vor allem in Ballungsräumen, zum Beispiel in dem Treppenhaus eines Mehrfamilienhauses nicht mehr



verstehen, was die Leute sagen, weil da nicht mehr Deutsch gesprochen werde. Die Journalistin Cigdem Akyol stellte die Gegenfrage, was denn mit den Ängsten der Muslime sei – es werde immer nur über die Ängste der Mehrheitsgesellschaft gesprochen. Die Sorgen der Muslime in Deutschland

müssten ernst genommen werden – so Giovanni Pollice: „Schließlich haben die allermeisten von ihnen ebenso wenig mit Terror und Scharia im Sinn wie andere Europäer.“ Für die IG BCE gelte: „Gegen Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit findet man uns immer in der ersten Reihe.“

VERNETZT GEGEN DISKRIMINIERUNG

Verbände beschließen gemeinsames Vorgehen

Am 20. Januar 2010 haben sich mehrere Verbände auf einem Treffen in Berlin zum Bündnis gegen Diskriminierung zusammengeschlossen. Ziel des Bündnisses ist die Stärkung der Antidiskriminierungskultur in Deutschland. Die teilnehmenden Verbände sind sich darüber einig, dass von Diskriminierung betroffene Menschen in Deutschland eine starke Lobby benötigen. Darüber hinaus soll der Prävention mehr Aufmerksamkeit als bisher beigemessen werden. Trotz des Inkrafttretens des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG) und der damit verbundenen Einrichtung der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) findet die Situation der von Diskriminierung betroffenen Men-

schen sowohl in der Politik als auch in der Gesellschaft zu wenig Beachtung – so die beteiligten Verbände. Sie werden sich deshalb gemeinsam für eine Verbesserung des aktuellen Diskriminierungsschutzes, für die Umsetzung der neuen EU-Richtlinie und für eine effektive und ganzheitliche Antidiskriminierungspolitik einsetzen.

Mitglieder im Bündnis sind in alphabetischer Reihenfolge:

- Antidiskriminierungsverband Deutschland (advd)
- Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen e.V. (BAGSO)
- Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlung (BUG)

- Deutscher Frauenrat (DF)
- Deutscher Gewerkschaftsbund (DGB)
- Deutscher Juristinnenbund (djb)
- Interessenvertretung Selbstbestimmt Leben in Deutschland e.V.
- Lesben- und Schwulenverband in Deutschland e.V. (LSVD)
- Migrationsrat Berlin-Brandenburg (MRBB)
- NETZWERK ARTIKEL 3 - Verein für Menschenrechte und Gleichstellung Behinderter e.V.
- Türkische Gemeinde in Deutschland (TGD)
- ver.di
- Weibernetz – Bundesnetzwerk von Frauen, Lesben und Mädchen mit Beeinträchtigung

BAYERN GEGEN RECHTS

Internetportal der Staatsregierung

Im Herbst letzten Jahres hat die Bayerische Staatsregierung ein Portal gegen Rechtsextremismus eröffnet. Darin werden verschiedene Angebote gemacht. So gibt es regionale Lagebilder über rechtsextreme Aktivitäten und auch – unter „Erste Hilfe“ Ansprechpartner vor Ort, die für den Umgang

mit Rechtsextremisten an Schulen ausgebildet sind und Eltern, Lehrkräften sowie Schülerinnen und Schülern qualifizierte Beratung bieten kann. Unter der Rubrik Lernen werden umfangreiche Materialien für die Bildungs- und Präventionsarbeit gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus angeboten.

Daneben bietet auf der Seite die Bayerische Informationsstelle gegen Extremismus Hilfestellung für Aussteiger aus der rechtsextremen Szene und steht als Beratungsstelle zur Verfügung.

Internetadresse:
www.bayern-gegen-rechtsextremismus.de

EINHEITLICH GEGEN RECHTS

Verabredung der zwölf Berliner Bezirke

„In unseren Rathäusern, auf Straßen und Plätzen unserer Bezirke haben antisemitische, rassistische und antidemokratische Äußerungen und Organisationen keinen Platz.“ So heißt es in einer gemeinsamen Erklärung der Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister der zwölf Berliner Bezirke, die auf einem Treffen am 18. Januar 2010 verabschiedet wurde.

Bei dem Treffen wurde vereinbart, dem Versuch rechtsextremer Parteien und Organisationen sich im öffentlichen Raum festzusetzen, mit einer einheitlichen Strategie entgegenzutreten. Dafür sollen vor allem die Fachabteilungen in den Bezirksämtern Ideen, rechtliche Möglichkeiten und gemachte Erfahrungen untereinander austauschen.

Die Erklärung steht im Internet unter:
www.gelbehand.de/berliner_bezirke

URTEIL GEGEN DISKRIMINIERUNG

Schwarzafrikanisches Paar gewinnt Prozess beim OLG Köln

Das Oberlandesgericht Köln hat einen in Aachen ansässigen Immobilienverwalter am 19. Januar 2010 zu einer Entschädigung von 5000 Euro verurteilt, weil er als verantwortlich dafür angesehen wurde, dass ein Paar schwarzafrikanischer Herkunft wegen seiner Hautfarbe als Mieter einer Wohnung zurückgewiesen wurde.

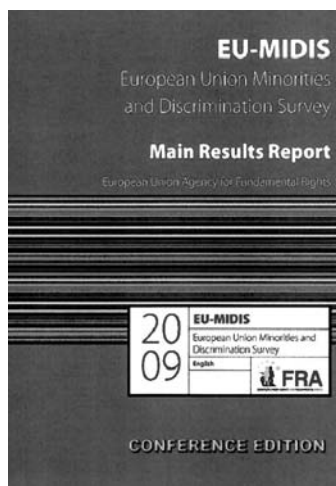
Das Paar hatte sich 2006 auf eine Anzeige für eine Wohnung in Aachen gemeldet. Die Hausmeisterin, die den Besichtigungstermin durchführen sollte, wies das Paar mit der Bemerkung ab, die Wohnung werde nicht an „Neger... äh Schwarzafrikaner oder Türken“ vermietet. Dagegen klagte das Paar mit Unterstützung der Stiftung Leben ohne Rassismus und des Gleichbehandlungsbüros Aachen nach dem Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz. Das Landgericht

Aachen wies die Klage mit der Begründung ab, die Hausverwaltung sei nicht die richtige Beklagte. Es verneinte auch einen Auskunftsanspruch bezüglich der Eigentümer des Hauses. Dagegen legten die Kläger Berufung beim OLG Köln ein. Das OLG entschied, dass die Verweigerung der Wohnungsbesichtigung und die Äußerung, die Wohnung werde nicht an „Neger... äh Schwarzafrikaner oder Türken“ vermietet, habe die Hausmeisterin die Menschenwürde und das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Paares verletzt.

Eine Revision wurde nicht zugelassen. Auf die juristische Streitfrage, ob nach dem AGG nur der Vermieter für Benachteiligungen haftet, kam es nach Ansicht des Gerichts nicht an. Die Haftung ergab sich schon aus der Vorschrift des § 831 BGB.

DISKRIMINIERUNG IN DER EU

Ergebnisse einer Umfrage der Europäischen Agentur für Grundrechte



Die Europäische Agentur für Grundrechte (FRA) veröffentlichte am 9. Dezember 2009 die Ergebnisse einer Umfrage unter mehr als 23.000 Menschen in 27 Mitgliedstaaten, die ethnischen Minderheiten und Migrantengruppen angehören. Gegenstand der Umfrage waren die alltäglichen Diskriminierungserfahrungen der Befragten, sei es nun in der Schule, beim Arzt oder bei der Arbeitssuche. Die Umfrage umfasst jedoch drei weitere Themenfelder: Die Viktimisierungserfahrungen der Befragten, die Überwachungsmecha-

nismen denen sie unterliegen und das Wissen der Befragten um ihre Rechte.

Der Bericht, mit dem Titel „EU-MIDIS European Union Minorities and Discrimination Survey“ stellt heraus, dass ethnische Diskriminierung das Hauptproblem vieler Minderheiten in der Europäischen Union ist. Als besonders problematisch stellt sich hierbei das Finden und Ausüben einer Beschäftigung heraus, wo Minderheiten den vollen Umfang diskriminierender Behandlung zu spüren bekommen. Besonders betroffen sind hierbei Roma und aus Afrika stammende Minderheiten.

Erschreckend ist auch das fehlende Wissen der Befragten über ihre eigenen Rechte. Die wenigsten sind sich dessen bewusst, dass es verschiedene Anlaufstellen gibt, um Diskriminierung entweder anzuprangern oder anzuzeigen.

Entgegen der sehr einfachen, jedoch weit verbreiteten Konstruktion von Minderheiten als kriminelle Gefahr, sind diese stigmatisierten Gruppen häufig selbst Opfer von Kriminalität, besonders von rassistisch motivierten Übergriffen und Straftaten. Die Bereitschaft, diese

TERMINE

UND VERANSTALTUNGEN:

Fußball und Rassismus

Informations- und Diskussionsveranstaltung 16. März IGM-Bildungszentrum Sprockhövel, Veranstalter: IG Metall

Helmut Spahn, Sicherheitsbeauftragter und Abteilungsleiter Prävention und Sicherheit beim Deutschen Fußballbund informiert über die Vorbereitung zur Weltmeisterschaft in Südafrika und über Ansätze des DFB Übergriffen und Gewalt im Fußball zu begegnen. Eine Rolle spielen dabei Präventionsmaßnahmen gegen Rassismus.

Informationen:

IGM-Bildungszentrum

Sprockhövel, Tel.: 02324/706-0

Aktiv werden gegen Rechts – Konflikte wahrnehmen und bearbeiten, diskriminierenden Parolen paroli bieten.

Seminar 14. bis 17. März 2010 IGM-Bildungszentrum Sprockhövel

Veranstalter: IG Metall

Gerade in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit ist solidarisches Handeln wichtig. Ausgrenzung von Leistungsgewandelten, Ausländerfeindlichkeit und nationalistische Antworten auf die Krise können Belegschaften spalten.

Das Seminar bietet Möglichkeiten zu trainieren, wie rechten Sprüchen und Haltungen mit Herz und Verstand entgegengetreten werden kann.

Informationen:

IGM-Bildungszentrum

Sprockhövel

Tel.: 02324/706-0

Übergriffe und Straftaten auch zur Anzeige zu bringen, tendiert unter einigen Gruppen von Minderheiten gegen Null, was auf mangelndes Vertrauen dem Polizeiapparat gegenüber schließen lässt. Dieser Mangel an Vertrauen zwischen einigen Minderheiten und Polizeikräften lässt sich mit teils unverhältnismäßig häufigen Kontrollen und Überwachungen, bis hin zur Schikane, seitens der Polizei erklären.

Der gesamten MIDIS-Bericht steht im Internet unter: www.gelbehand.de/midis_bericht

Interreligiöser

Dialog

Während der Wochen gegen Rassismus führt die Abteilung Migration/Integration der IG BCE folgende Veranstaltungen durch:

■ Abendveranstaltung

Donnerstag, 18. März 2010

Beginn: 19:00 Uhr,

Ort: IG BCE Bildungszentrum

Haltern am See

in Zusammenarbeit mit dem IG BCE Bildungszentrum Haltern am See

■ Dienstag, 23. März 2010

Beginn: 16:00 Uhr

Ort: IG BCE, Hauptverwaltung

Hannover, 1. Etage, Raum C.103

in Zusammenarbeit mit

dem IG BCE Bezirk Hannover

■ Abendveranstaltung

Donnerstag, 25. März 2010

Beginn: 19:00 Uhr,

Ort: IG BCE Bildungszentrum

Bad Münden

in Zusammenarbeit mit dem

IG BCE Bildungszentrum

Bad Münden

Ausgegrenzt?

Wahrnehmung

und Selbstverständnis von

Muslimen im Arbeitsleben

Tagung, 19. März 2010 Düsseldorf

Veranstalter: DGB Bildungswerk,

Bereich Migration & Qualifizierung

Etwas vier Millionen Muslime leben

in der Bundesrepublik, fast eine Mil-

lion mehr als offizielle Stellen bisher

gedacht haben. Doch wie wird diese

vielfältige Religion von den

Akteuren der Arbeitswelt wahrgen-

ommen. Wie groß sind die Informa-

tionen und welche Möglichkeiten

gibt es Religion und Arbeit mitein-

ander zu verbinden? Wie gestaltet

sich das interkulturelle Miteinander

im Betrieb? Wie können unter-

schiedliche religiöse oder weltan-

schauliche Ansichten miteinander

produktiv umgehen? Auf der Ta-

gung werden sowohl Fragen zum

Selbstbild von Moslems als auch

Fragen zur Wahrnehmung durch die

Akteure der Arbeitswelt angespro-

chen und diskutiert.

Weitere Informationen:

Daniel Weber, Tel.: 0211/4301-19

KLEINE FREIHEIT:

Film des Monats

Hamburg, nahe der Reeperbahn. Hier, mitten auf St. Pauli, lebt der junge Kurde Baran. Er arbeitet als Laufbursche in einem Imbiss. Eigentlich sollte er an seinem 16. Geburtstag abgeschoben werden, weil sein Asylantrag abgelehnt wurde. Doch Baran ist vorher in die Illegalität abgetaucht.

Eines Tages begegnet er Chernor, einem Schwarzafrikaner, der ebenfalls ohne Papiere in Deutschland lebt. Chernor dealt, um sich den Traum einer Zukunft im fernen Australien zu finanzieren. Trotz eines Lebens in ständiger Furcht entdeckt zu werden, ist ihre Freundschaft eine Zeit lang unbeschwert. Doch dann taucht ein älterer Kurde auf, Selim, der Mann, den Baran für den Tod seiner Eltern verantwortlich macht.

Als er ihren Tod rächen will, eskalieren die Ereignisse.

Regie: Yüksel Yavuz.
BRD: 2003, Spielfilm
Laufzeit: 97 Min.

**Der Film kann über
das DGB-Bildungswerk
ausgeliehen werden:
www.migration-online.de/
medienverleih**



EREIGNISSE IM VORFELD EINES GEPLANTEN AUFMARSCHS VON RECHTSEXTEMISTEN

Dresden, 13. Februar

Einmal im Jahr – am 13. Februar – ist die sächsische Landeshauptstadt Dresden Aufmarschplatz für eine der größten Demonstrationen von Rechtsextremisten. Eigentlich soll an dem Tag der Opfer der Bombardierung Dresdens im Zweiten Weltkrieg gedacht werden. Darum geht es den Rechtsextremisten erfahrungsgemäß nicht. Auch für dieses Jahr ist ein Aufmarsch angekündigt. Inzwischen ist aber Einiges geschehen. Auf Anregung der Dresdner Oberbürgermeisterin Helma Orosz (CDU) haben die demokratischen Fraktionen des Stadtrates, Vertreterinnen und Vertreter von Wirtschaft und Wissenschaft, Kultur, Sport, Gewerkschaften und Kirchen, die jüdische Gemeinde, zivilgesellschaftliche Akteure sowie die Bürgerinnen und Bürger zum gemeinsamen Handeln am 13. Februar 2010 eingeladen. Dabei soll in würdiger Weise an die Zerstörung der Stadt erinnert und der Opfer des Nationalsozialismus und des Zweiten Weltkrieges, der von Deutschland ausging, gedacht werden.

Alle Bürgerinnen und Bürger sind aufgerufen, sich in eine Menschenkette unter dem Motto »Erinnern und Handeln. Für mein Dresden« einzureihen. Die Menschenkette soll die Dresdner Innenstadt, die am 13. Februar traditionell ein Ort des Erinnerns und Mahnens ist, wie ein symbolischer Wall umschließen und damit vor dem Eindringen Rechtsextremer schützen.

Die DGB-Region Dresden-Oberes Elbtal hat sich der Initiative angeschlossen, „um die politische Aufspaltung der demokratischen Akteure zu verhindern“ – so der Dresdner DGB.

Parallel zu der Menschenkette sind auch Sitzblockaden geplant,

die von einem Bündnis initiiert werden, der u.a. die ver.di-Jugend, die IG-Metall-Jugend, die NGG-Jugend und die IG-BAU-Jugend sowie die Jusos und der Jugendverband der Grünen angehören. Die große Mehrheit der Beteiligten sieht beides als eine Einheit, um dem Nazi-Aufmarsch entgegenzutreten.

Plakate, die zu den Blockaden aufrufen, wurden am 19. Januar unter anderem in der Geschäftsstelle der sächsischen Linkspartei in Dresden und in Info-Läden in Berlin-Kreuzberg Plakate bei Hausdurchsuchungen beschlagnahmt. Der Aufruf zur Blockade – so der Dresdner Oberstaatsanwalt Christian Avenarius – sei ein Straftatbestand nach dem Versammlungsgesetz. Dem widersprach der Kreuzberger Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele, der darauf verwies, dass es vielfach Blockaden gegen Nazi-Aufmärsche gegeben habe – zum Beispiel im Jahr 2000 am Brandenburger Tor – zu denen Prominente bis zum Bundestagspräsidenten aufgerufen hatten. Auch die Jusos-Vorsitzende Franziska Drohsel wertete die Hausdurchsuchungen wegen des Plakats als „skandalös“.

Für sie sei es „selbstverständlich, einen Nazi-Aufmarsch zu blockieren“. Am 21. Januar hat die Dresdner Stadtverwaltung schließlich angekündigt, für den 13. Februar alle Aufmärsche in der Stadt zu verbieten. Statt dessen sollen nur noch Kundgebungen an einem festgelegten Ort stattfinden dürfen. Abgesichert wird das auch durch ein tags zuvor im Landtag beschlossenes neues Versammlungsgesetz, demzufolge bestimmte Orten von Demonstrationen ausgenommen sind.

Kontakt:
www.igmetall-homburg-saarpfalz.de



IMPRESSUM HERAUSGEBER

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Verein gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus

VORSTAND

Giovanni Pollice, IG BCE
Sabine Hüther, IG Metall
Michaela Dälken, DGB Bildungswerk
Volker Roßocha, DGB
Bernd Vallentin, ver.di

VERANTWORTLICH

für den Inhalt: Giovanni Pollice

REDAKTION

Bernd Mansel
MedienbüroArbeitswelt, Berlin

FOTOS

IG BCE Kumpelverein

ZUSCHRIFTEN/KONTAKT

Mach meinen Kumpel nicht an! e.V.
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf
Tel.: 0211-4301 193
E-Mail: info@gelbehand.de

PRODUKTION

Setzkasten GmbH, Düsseldorf
Internet: www.setzkasten.de
Tel.: 0211/40800900